

Sehr geehrter Herr Präsident,

Werte Kolleginnen und Kollegen aus Parlament und Regierung,

seit fast einem Jahr beschäftigt sich der Ausschuss III nun mit dem Thema der Schülerbeförderung. Es wurden eine ganze Reihe an Anhörungen organisiert um ein komplexes Thema vernünftig unter die Lupe zu nehmen. Wie sich herausstellt, ist die Organisation des Schülertransportes in der DG nicht so einfach zu bewerkstelligen, wie es auf den ersten Blick scheint und trifft auf einige Schwierigkeiten:

- **Eine geringe Bevölkerungsdichte, verteilt über ein großes Wegenetz.**
- **Eine enorm hohe Verfügbarkeit und Nutzung von privaten PKW.**
- **Der Schülertransport muss in engen Zeitfenstern organisiert werden.**
- **Je nach Wetterlage schwankt der Zuspruch für öffentliche Transportmittel.**
- **Es besteht ein Mangel an Busbegleitpersonen für Förderschüler.**
- **usw.**

Wesentlich ist auch, dass die Wallonische Region für den ÖPNV zuständig ist. Die DG kann lediglich die Schülerbeförderung regeln, indem sie die Mindestentfernung für die Organisation einer gesonderten Schülerbeförderung festlegt. Zum allergrößten Teil befördert die Deutschsprachige Gemeinschaft Primarschüler, dies ist bereits kostenlos.

Dabei erhält jedes Kind einen garantierten Sitzplatz. Sekundarschüler hingegen werden nur ganz vereinzelt durch die Deutschsprachige Gemeinschaft befördert, weil es in der Regel seitens des TEC gute Busverbindungen hin zu den Sekundarschulstandorten gibt.

Dennoch waren auch wir der Meinung, dass es Anpassungsbedarf gibt, gerade bei der durch die DG festgelegte Mindestentfernung zwischen Wohnort und der nächstgelegenen Schule freier Wahl.

Nach einer Anhörung des Elternbundes Ostbelgien, sind uns außerdem interessante Aspekte der allgemeinen Verkehrssicherheit und ein erfrischender ganzheitlicher Ansatz zu dem Thema „Gestaltung des Schulweges“ nähergebracht worden.

Als Reaktion auf den von den Kollegen der Vivant-Fraktion eingereichten Resolutionsvorschlag zur Rückerstattung der Kosten für den Schülertransport, haben die Mehrheitsfraktionen einen Abänderungsvorschlag eingereicht, der den Ursprungstext ersetzt. Mit gewissen Aussagen in der Ursprungsresolution können wir uns nicht einverstanden erklären. So bedauern wir, dass populistische Aspekte mit eingeflossen sind, wie beispielsweise die Streichung der Fahrerstellen bei der Regierung oder die Fusion der Ämter von Senator und Parlamentspräsident. Diese Diskussion ist an anderer Stelle zu führen.

Auf die Details der neu formulierten Forderungen möchte ich nunmehr eingehen.

1. Wir fordern die Regierung auf, die Umsetzung der von der Regierung der Wallonischen Region angekündigten sukzessiven Einführung eines kostenlosen Öffentlichen Personennahverkehrs für Jugendliche bis 25 Jahre, Senioren ab 65 Jahren und für einkommensschwache Bevölkerungsschichten, und die damit verbundenen angekündigten Studien, genauestens zu beobachten;

Diese Ankündigung der Wallonischen Region begrüßen wir selbstverständlich. Die angekündigte Studie kann zudem wertvolles Zahlenmaterial für den ÖPNV und die Schülerbeförderung in Ostbelgien zu Tage fördern. Wenn man über eine von der Gemeinschaft komplett finanzierten Schülerbeförderung spricht, muss man entgegenhalten dass das Ministerium zurzeit weder über verlässliche Buskapazitäten noch über Busfahrer und Busbegleiter verfügt.

Eine Studie könnte erstmals verlässliches Zahlenmaterial liefern um die effektiven Kosten abzuschätzen.

im Dialog mit der Regierung der Wallonischen Region darauf hinzuwirken, dass bei der Umsetzung dieses Vorhabens insbesondere die Interessen der Schülerbeförderung der Deutschsprachigen Gemeinschaft gewahrt und – wo immer möglich und sinnvoll – besser berücksichtigt werden, insbesondere in Bezug auf die geografische Verteilung der durch den TEC organisierten Buslinien und deren Auslastung.

Die Befahrung oder eben nicht Befahrung gewisser Strecken durch die TEC, sorgt immer wieder für Diskussionen. Wir fordern die Regierung auf, im engeren Dialog mit den Betreibern, die Belange der Bevölkerung zu beachten. Bei einigen Buslinien besteht mit Sicherheit noch Optimierungsbedarf und gleichzeitig muss zu bestimmten Tageszeiten die Beförderungskapazität erhöht werden, gerade wenn es um die Schülerbeförderung geht.

3. Im Dialog mit der Regierung der Wallonischen Region, dem TEC und den für den Öffentlichen Personennahverkehr im angrenzenden Ausland zuständigen Behörden und Diensten darauf hinzuwirken, dass die Interessen der Bevölkerung im Bereich der grenzüberschreitenden Mobilität bestmöglich berücksichtigt werden;

Es müssen passgenaue Lösungen für Grenzgänger und auch allgemein für Grenzgebiete gefunden werden. Immer wieder Thema ist hier die Busverbindung zwischen Eupen und Aachen. Der ÖPNV sollte immer die günstigere Alternative zum privaten PKW sein, hier ist das beispielsweise nicht der Fall. Die unterschiedlichen Tarifstrukturen verschiedener Verkehrsbetriebe müssen besser aufeinander abgestimmt werden.

4. Die gesetzlichen Grundlagen zur Organisation der Schülerbeförderung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu überarbeiten bzw. ein neues Dekret über die Schülerbeförderung zu erarbeiten, das den aktuellen Herausforderungen Rechnung trägt, insbesondere im Hinblick auf eine sozial gerechtere Tarifgestaltung in Erwartung eines durch die Regierung der Wallonischen Region angekündigten kostenlosen Öffentlichen Personennahverkehrs für Personen bis 25 Jahre und im Hinblick auf eine Reduzierung der für die Schülerbeförderung festgelegten Mindestentfernung zwischen Wohnort und nächstgelegener Schule freier Wahl.

Dies ist die für uns wichtigste Forderung. Dabei sollten zum einen die Mindestentfernungen zwischen Wohnsitz und der nächst-gelegenen Schule freier Wahl überdacht werden, die u. a. auch zu Schwierigkeiten führen kann., beispielsweise wenn Geschwisterkinder dieselbe Schule in verschiedenen Stufen besuchten und dadurch unterschiedliche Beförderungsregeln Anwendung finden.

Zum anderen soll man sich trotz des Vorhabens der Wallonischen Region bereits damit beschäftigen, wie die Tarifgestaltung sozial gerechter gestaltet werden könne, um vor allem einkommensschwache Familien oder auch kinderreiche Familien finanziell weiter zu entlasten.

Seitens des Elternbundes wurde beispielsweise die Frage aufgeworfen, warum Familien mit 3 Kindern bereits eine Reduzierung erhalten, eine alleinerziehende Mutter mit 2 Kindern allerdings nicht.

All das sind Situationen, über die es zu diskutieren gilt.

Die Anpassung dieser Normen bringt einen greifbaren Mehrwert für die Bevölkerung.

5. Fordern wir die Regierung auf, Initiativen zu fördern und zu unterstützen, die Alternativen zur privaten Nutzung von PKW darstellen und die die allgemeine Sicherheit auf den Straßen erhöhen.

Die allgemeine Entwicklung ist dahingehend, dass immer weniger Kinder den Schulweg zu Fuß oder mit dem Fahrrad bestreiten, sondern mit dem privaten PKW zur Schule gebracht werden. Auch wenn es sich nur um einige wenige Kilometer handelt. Für die Gesundheit und die Förderung der Konzentrationsfähigkeit, kann ein kurzer Schulweg zu Fuß oder mit dem Rad allerdings wahre Wunder bewirken. Gerade noch haben wir das Thema Bewegungsmangel in einer Ausschusssitzung thematisiert.

Allerdings müssen die Rahmenbedingungen geschaffen werden um einen sicheren Schulweg zu garantieren. Auch das Busfahren ist nicht ungefährlich und verdient besondere Beachtung.

Warum sind wir nun in den Abänderungsvorschlägen von der vollen Kostenrückerstattung abgerückt?

* Zum einen ist die DG nicht zuständig für den ÖPNV und würde durch eine Rückerstattung der Kosten im Grunde die TEC oder eben die Wallonische Region bezuschussen.

* Sollte man mit einem Rückerstattungssystem arbeiten, würde der Verwaltungsaufwand so kolossal, dass die Sinnhaftigkeit der Forderung ernsthaft ins Wanken gerät.

* Wir plädieren für ein sozial gerechteres System und in dem Fall bewegen wir uns auch im Rahmen unserer Zuständigkeiten, für soziales ist die DG nämlich sehr wohl zuständig. Das Busabonnement ist mit Sicherheit für einige Familien schwierig zu stemmen. Das darf natürlich nicht sein, hier muss etwas getan werden.

Allerdings ist das nicht bei allen der Fall und ein Busabonnement ist immer noch weitaus günstiger als die Anschaffung eines privaten PKW.

* Und damit komme ich zur letzten Feststellung. Im Grunde müsste durch Maßnahmen der Politik erreicht werden, dass mehr Menschen auf das Auto verzichten und die öffentlichen Verkehrsmittel nutzen. Wer sich allerdings einmal an den Komfort des privaten PKW gewöhnt hat, möchte diesen meist nicht mehr missen. Eine kostenlose Nutzung des ÖPNV ist vor allem für diejenigen attraktiv, die ihn bereits jetzt nutzen. Um alle anderen zu überzeugen, das Auto stehen zu lassen, sind viel befahrene Strecken durch Linienbusse und Pünktlichkeit oft ein größeres Thema als die eigentlichen Kosten. Durch unsere geografische Lage, ist allerdings ein viel befahrenes Streckennetz der Buslinien eine schwierige Sache. Und gerade aus diesem Grund ist die Sicherheit auf der Straße für Fußgänger und Radfahrer so wichtig!